

*Unsere ganze Gerechtigkeit ist wie ein schmutziges Kleid.*

*Jes 64, 5*

## Ein Jahr danach

Der kalte Krieg ist vorbei, die Nachkriegszeit beendet, der Ost-West-Konflikt so gut wie überwunden, die Abrüstung auf gutem Wege. Der kommunistische Anspruch auf Weltherrschaft hat sich erledigt. Deutschland ist auf friedlichem und demokratischem Wege geeint, die ehemals von der Sowjetunion abhängigen Länder sind politisch frei und mühen sich um eine demokratische Neukonzeption ihrer staatlichen Ordnung und um den marktwirtschaftlichen Wiederaufbau ihrer Wirtschaften nach 45 Jahren Zwangs- bzw. Planwirtschaft. Die Sowjetunion, Großmacht immer schon nur militärisch und jetzt nur noch auf dem Papier, kämpft gegen ihren Zerfall. Von Moskau haben die einstigen Satelliten nichts mehr zu befürchten. Europa als ganzes kann sich auf die Suche nach seiner Neuordnung machen.

### Der Systembruch ist endgültig

Das alles ist schneller und vor allem selbstverständlicher vor sich gegangen, als es noch zu Jahresbeginn in Ost und West erahnt werden konnte. Als im November auf der KSZE-Gipfelkonferenz in Paris das Abkommen über die konventionellen Streitkräfte in Europa und die KSZE-Charta für ein neues Europa unterzeichnet wurden, war dies trotz des geschichtlichen Ranges des Vorgangs nur noch die notarielle Beglaubigung einer Entwicklung in der nördlichen Hemisphäre, das sich aus den Wirkungen der vorausgegangenen 13 bis 15 Monate so gut wie von selbst eingestellt hatte.

Insoweit hat 1990 die Erwartungen von 1989 nicht nur erfüllt, sondern übertroffen. Als unbegründet erscheinen im nachhinein Ängste und Sorgen, alles könnte noch schief gehen, wie sie noch zu Beginn des Jahres geäußert wurden. Keine Macht – keine militärische und keine Parteimacht – stellte sich der einmal ins Rollen gekommenen Bewegung der Selbstbefreiung der Völker mehr entgegen. Was sich da vollzog, war so stark, daß es bald von selbst unumkehrbar wurde.

Eher als die Sorge wegen möglicher Inversionen drängt sich aus der Distanz von einem Jahr die Frage auf, was denn das von Ostdeutschland über Prag bis Sofia und Bukarest für eine Revolution war. Vieles kam zusammen –

die Friedenskundgebungen rund um die Kirchen, der Druck der Botschaftsflüchtlinge in Budapest und Prag, die Massen auf den Straßen und Plätzen, die die Funktionäre in den Politbüros das Fürchten lehrten. Am Ende erledigte ein sich trotz Militärmacht mühsam auf ideologischen Krücken dahinschleppendes Zwangssystem sich zwar nicht von selbst, aber so morsch war es geworden, durch und durch, daß es beim ersten Zäune niederreißen den Sturmwind zusammenbrach.

Der *KSZE-Prozeß* hat seit der Verabschiedung der Akte von Helsinki vor 15 Jahren gewiß nicht wenig zum Umbruch im östlichen Europa beigetragen, wohl gerade weil die damalige Sowjetführung mit ihren Verbündeten die gegenteilige Zielsetzung damit verbunden hatte: die Absicherung der Nachkriegsmachtverhältnisse, Besitzstandswahrung also mit verbalen Zugeständnissen von Freiheitsrechten, von denen die Führung meinte, sie würde sie nichts kosten. Gerade „Korb 3“, der sog. „humanitäre“ Teil der Helsinki-Akte, entwickelte eine Eigendynamik und wurde zum Schutzschild von Opponenten und Dissidenten. Letztlich aber war es die schlichte Einsicht der sowjetischen Führung unter Gorbatschow, daß das Imperium so nicht mehr zu halten war, ohne die eigenen Völker rettungslos in den Ruin zu treiben, und wohl auch die Erkenntnis, daß es angesichts der im Vergleich zum Westen geradezu erschütternden wirtschaftlichen und politischen Rückständigkeit – Marx hin, Lenin her – auf falschen oder jedenfalls untauglichen Voraussetzungen beruhte. Es war im wohlherkannten eigenen Interesse, die anderen, die eigenen Verbündeten, nicht nur gewähren zu lassen, sondern die Umgestaltung des Systems, wenn nicht den Systembruch selbst zu begünstigen. Sonst wäre wohl keine der „sanften“ Revolutionen so friedlich und so rasch, wenn überhaupt, ans Ziel gekommen.

### Der Weg aus dem Elend wird lange dauern

Aber was wird jetzt aus Europa? Vor allem aus seinem östlichen Teil? Wie stellt der Kontinent sich jetzt dar nicht in den Papieren fülliger guter Vorsätze, sondern in seinen Regionen, Völkern und Staaten, in seinen Volkswirt-



schaften, in seinen Kulturen, in seinen Menschen? Was ist zu befürchten? Was darf realistisch erhofft werden?

In bezug auf beide – Befürchtungen und Hoffnungen – offenbarte die Zeit seither wenig Überraschendes, aber viel Lehrreiches.

Wenig Überraschendes, weil niemand von denen, die sich über Art und Reichweite der Umbrüche Rechenschaft gaben, sich Illusionen über die damit gegebenen Herausforderungen machen konnte. Viel Lehrreiches, weil die Probleme sich bereits höher türmen als die Euphorie des Wandels je reichen konnte. Völker im Um- und Aufbruch ja, aber es ist ein Aufbruch im Elend, und der Weg aus dem Elend wird lange dauern. Daß an seinem Ende europäische Stabilität steht, ist alles eher als gesichert. Daß vom nachkommunistischen östlichen Europa destabilisierende Wirkungen auch auf den Westen ausgehen, ist mindestens so wahrscheinlich, wie daß es durch massiven Einsatz von Kapital, Know-how und Menschen aus dem Westen gelingt, den Weg aus der Krise der einst vom kommunistischen System beherrschten Gesellschaften zu finden.

Es geht ja nicht um den schier unmöglichen doppelten Übergang von einem totalitären zu einem demokratischen System und von der staatlichen Plan- und Zwangswirtschaft zu einer sozial abgedeckten Marktwirtschaft. Es herrscht zunächst das pure menschliche Elend, verursacht nicht oder jedenfalls nicht in erster Linie durch den Ausfall natürlicher Ressourcen, sondern durch den Mangel an technischen Mitteln und organisatorischem Einsatz. Wenn es schon in den neuen deutschen Bundesländern so schwer ist, z. B. Verkehrswege und Telefonnetz kurzfristig so zu verbessern und auszubauen, daß einheimische und westliche Investoren unternehmerischen Fuß fassen können, dann braucht es nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, wie schwer es in den anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks fällt, angesichts anerzogener Passivität der Bevölkerung, eingespieltem administrativem Trott und passivem oder auch aktivem Widerstand der alten Kader überhaupt etwas zu bewegen.

Die *sowjetische Bevölkerung* ist diesbezüglich in einer besonders mißlichen Lage. Sie wurde ja einst aus einem Feudalsystem direkt und sozusagen ohne Vorwarnung in den Kommunismus gestürzt. Und dieser dauerte immerhin über siebenzig Jahre, ein volles Menschenalter also. Wie konnte da ohne jede demokratische Tradition je Initiative wachsen, wie sie für das und sei es auch nur ansatzhafte Funktionieren einer Marktwirtschaft und eines repräsentativen Parlamentarismus Voraussetzung ist?

Andere ehemals kommunistische Staaten Mittel- und Osteuropas sind da schon besser dran. Dennoch haben es auch sie, je weiter von Mitteleuropa entfernt um so mehr, mit einer katastrophalen Ausgangslage zu tun: buchstäblich verrottete Maschinenparks, vielfältig hinfällige Infrastrukturen, keine konvertible Währung, eine Warenproduktion, die sich zum größten Teil über den freien Markt kaum absetzen läßt, zwangsgelenkte Handelsströme, eine zerstörte Landwirtschaft, eine erschreckende Kombina-

tion von Versorgungs- und Umweltkrise, von der nicht abzusehen ist, wie sie selbst innerhalb von Jahren ökologisch wie ökonomisch geheilt werden kann.

Wie sehr die Volkswirtschaften Mittel- und Osteuropas in diesen Jahrzehnten durch planwirtschaftliche Abkopplung von der westlichen Entwicklung zurückgeworfen wurden, zeigt sich in krasser Form selbst an einem Land wie der *Tschechoslowakei* mit einer großen industriellen Tradition, wo zumindest die Grundversorgung nie unter einen Mindeststandard gesunken ist. 1948 übertraf das Bruttosozialprodukt der ČSSR das Österreichs um die Hälfte, 1985 war es bereits umgekehrt. Und das bei einer beispiellosen industriebedingten Umweltzerstörung. Länder wie Rumänien und Bulgarien und selbst Polen stehen indessen noch wesentlich schlechter da. Wie aber sind gerade einer an Kommandowirtschaft und trotz Versorgungskrise an Versorgungsdenken gewohnten Bevölkerung die Strapazen und Entbehrungen eines Systemwechsels begreifbar zu machen, wenn ein Wandel zum Guten zwar versprochen ist, aber Anzeichen einer Besserung der Lage auf absehbare Zeit nicht erkennbar sind?

## Können die Stützen des Systems seine Überwindung bewerkstelligen?

So steht Gesamteuropa und nicht nur sein jetzt von kommunistischer Herrschaft befreiter östlicher Teil durch das östliche Erbe vor einer beispiellosen Herausforderung. Ihr kann nicht durch Care-Pakete, so notwendig sie sind, begegnet werden. Dauerhaft wirksam wird Hilfe nur, wenn der westliche Teil seinen östlichen Nachbarn mit Kapital, Technologie und vor allem mit Personal unter die Arme greift. Eine „neue Wand“ – auf der KSZE-Konferenz in Paris beschworen als Gefahr vor allem von *Tadeusz Mazowiecki* –, die den Kontinent wirtschaftlich dauerhaft in A- und B-Länder teilen würde, könnte Europa als Ganzes nur um den Preis des eigenen Niedergangs verkraften. Sie würde überdies nicht lange halten: Die prognostizierte Völkerwanderung von Ost nach West würde bei einer Verstetigung des Versorgungs- und Wohlstandsgefälles an ihr bestimmt nicht haltmachen. Wie aber vor allem personell helfen, soweit solche Hilfe nicht überhaupt ausgeschlagen wird? Wo sind die westlichen Betriebswirte, Verwaltungsfachleute und Techniker, die sich für einen Aufbaudienst in östlichen Ländern zur Verfügung stellen, wenn es schon in Deutschland schwierig ist, die für die neuen Bundesländer benötigten personellen Hilfen aufzubringen?

Nicht geringer als die wirtschaftlichen sind für eine gemeinsame europäische Zukunft die *politischen Hemmnisse*. Wenn uns im abgelaufenen Jahr eine Erfahrung zuteil wurde, dann die: Es ist relativ leicht, eine von der Geschichte selbst widerlegte politische Ordnung zu stürzen, aber es ist unendlich schwerer, auf deren Hinterlassenschaft und gegen sie eine lebenswerte neue Ordnung aufzubauen. Denn zunächst einmal: das Erbe ist mit dem Schwinden der alten Mächte nicht einfach weg und erle-



digt. Seine Aufarbeitung bindet viele Kräfte psychologisch, administrativ und politisch. Die einstigen Machtapparate von Partei, öffentlicher Verwaltung, Wirtschaftsplanung und Staatsicherheit sind zerschlagen oder verlieren an gouvernementaler Wirkung. Aber deshalb haben sie noch nicht aufgehört, Staat und Gesellschaft und auch die wirtschaftlichen Verhältnisse zu bestimmen oder wenigstens zu beeinflussen. Und sie beherrschen in der Sowjetunion, wo die „Wende“ bisher durch keinen Systembruch, sondern durch gestufte Umgestaltung mit nur zum Teil gewollter Eigendynamik herbeigeführt wurde, auch noch weitgehend den Staatsapparat – trotz sukzessiver Entmachtung der Partei.

So erfreulich die in Mitteleuropa friedlichen Revolutionen und der bisher gewaltlose Reform-Prozeß in der Sowjetunion verlaufen sind, in der Phase des Wiederaufbaus werden auch *die Grenzen friedlicher Revolutionen* und noch mehr die einer Strategie des Systemwandels durch Umgestaltung sichtbar. Die Perestroika-Politik setzt zwar nicht mehr auf die alte Ideologie. Sie muß aber die Umgestaltung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft weitestgehend mit den Kräften ins Werk setzen, die unter den ideologischen Prämissen von früher dem alten System gedient haben. Wie aber sollen die Stützen des Systems dessen Aufhebung betreiben? Mit bloßer Liberalisierung des Meinungsklimas und der Herstellung einer pluralen Öffentlichkeit ist ein solcher Motivationswechsel nicht zu schaffen.

Gorbatschow, nach Willen und Haltung Bewahrer und Reformers oder – wie es jemand ausdrückte – Papst und Luther zugleich, bleibt so zwischen Glasnost und Perestroika stecken. Wer wollte sich wundern, wenn die *sowjetische* Entwicklung nicht die in den ehemals sowjetabhängigen Ländern in einen vom Militär bestimmten autoritären Staat münden sollte? Aber nicht nur, wo die „Revolution“ eine Sache der Regierenden selbst war, auch wo sie von unten kam, war der Bruch radikal nun als Akt der Selbstbefreiung der Bevölkerung. Die „Kader“ auf der mittleren und unteren Ebene sind geblieben. Für sie gibt es von heute auf morgen, auch für absehbare Zeit keinen ausreichenden fachlichen Ersatz. So mischen sich altes Personal und fortwirkende Mentalitäten und erschweren beides: die politische Umgestaltung und den wirtschaftlichen Wiederaufbau.

## Wie ein neues Europa weiterbauen?

Und nicht zu übersehen: Hinter dem Erbe aus kommunistischer Zeit tritt ein viel älteres, nicht minder problematisches europäisches Erbe hervor: *Die Vielzahl der Völker mit ihren nationalen Gegensätzen*, ihren durch die „pax sovietica“ künstlich niedergehaltenen und jetzt um so ungehemmter durchbrechenden Ansprüchen auf nationale Unabhängigkeit. Es wäre ungerecht, all die alt-neuen Bewegungen nationaler Verselbständigung pauschal als „neuen“ Nationalismus zu diffamieren. Aber die Sowjetunion zerfällt. Wird es, von den von der Union wegstre-

benden baltischen Ländern einmal abgesehen, gelingen, eine Balance zwischen der Zentralgewalt in Moskau und den nationalen Eigenständigkeiten zu entwickeln, die einen Kampf aller gegen alle und damit das politische und wirtschaftliche Chaos verhindert? Kommt angesichts der sowjetischen Vergangenheit selbst die Idee eines sowjetischen Commonwealth, als einer Konföderation souveräner Staaten, zu spät? Der Vielvölkerstaat *Jugoslawien* droht an den alten Nationalismen zu zerbrechen. Eine „Balkanisierung“ des europäischen Südostens kann die Folge sein. Kann es – noch – gelingen, tragfähige und dauerhafte regionale Ausgleichsordnungen zu schaffen, die das vorhandene Staatsgefüge nicht einfach zerstören, den einzelnen Nationalitäten und volklichen Minderheiten aber genügend Entfaltungsspielraum lassen? Und wer sagt, daß nationalstaatliches Denken, auch in seinen nationalistischen Überspitzungen, in der Mitte und im Westen Europas bereits endgültig vergangen ist? Nicht nur Minderheitenprobleme bleiben auch im Westen noch weitgehend ungelöst – siehe Nordirland, siehe das Baskenland. Immer wieder kann man feststellen: Briten, Italiener, Franzosen, Deutsche argumentieren „europäisch“ und denken doch national, in den Kategorien eines „französischen“ oder „deutschen“ Europa. Der „neue“ Nationalismus wird, dies ist nicht die geringste Erfahrung dieses Jahres, wieder zu einer europäischen Herausforderung ersten Ranges, gerade weil er so alt ist.

Und wird zur größten Herausforderung Europas nicht seine eigene *gesamteuropäische Zukunft*? Europa konnte bisher seine Gestalt nicht wählen, dies verhinderte seine Spaltung in Ost und West. Das EG-Europa blieb Ersatzgebilde. Wirtschaftlich ungemein erfolgreich, wird es für immer mehr Staaten attraktiv, jetzt auch für die osteuropäischen Länder, aber geographisch und geopolitisch ist es ein Rumpf geblieben, ein unansehnlicher dazu. Unfreiwillig, aber deswegen nicht minder wirklich gehört auch das EG-Europa zum Erbe (auch zur Erblast?) der Ost-West-Spaltung.

Kann nach den Ereignissen der letzten 15 Monate die EG noch Vorform eines künftigen Gesamteuropas sein? Wie weit ist ein künftiges Gesamteuropa an die heutige EG gebunden? Kann sich dieses selbst noch verwandeln und in einem Gesamteuropa aufgehen? Auch diese Frage stellt sich ein Jahr nach dem Umbruch im Osten neu.

Gegenwärtig gibt es z. B. innerhalb der deutschen Bundesregierung zwei Philosophien: möglichst rascher Ausbau der EG über den gemeinsamen Markt und über eine Währungsunion zu einer politischen Union, also *Vertiefung der EG-Binnenbeziehungen* unter weiterem Souveränitätsverzicht der Mitgliedstaaten lautet die eine; *Erweiterung der EG* mit dem Ziel einer möglichst baldigen Assoziierung, die in absehbarer Zeit in eine Vollmitgliedschaft osteuropäischer Staaten münden soll, die andere. Darüber wölbt sich die Vorstellung von einem Europa der konzentrischen Kreise mit der heutigen EG als Kerneuropa und verschiedenen Geschwindigkeiten bei der Einigung.



Hinter all diesen Modellen verbergen sich *beträchtliche Verlegenheiten*. Das Prinzip Vertiefung statt Erweiterung gibt sicher insofern Sinn, als Gesamteuropa angesichts der neuen Ungewißheiten im Osten und Südosten eines stabilen Eckpfeilers bedarf. Zudem ist nur durch ein politisch gemeinschaftlich handlungsfähiges Europa die europäische Einbindung Deutschlands gesichert. Doch ist EG-Europa von seiner Erfolgsgeschichte her als Modell auch weiter tauglich, so ist es doch als gesamteuropäische Zielvorstellung überholt. Als solche liefe sie auf eine *dauerhafte politische Teilung* Europas hinaus.

Das Prinzip Erweiterung berücksichtigt die veränderte europäische Landschaft, bedenkt stärker den gesamteuropäischen Rahmen. Aber eine baldige Erweiterung der EG auf die ost- und südosteuropäischen Länder (unter Einfluß der EFTA-Gruppe) hieße, die EG auf dem Stande ihrer heutigen Entwicklung einzufrieren, wenn sie denn dann noch funktionsfähig bliebe. Eine Weiterentwicklung Europas nach dem EG-Modell ist wohl nur in dem Maße möglich, in dem es gelingt, das Wirtschaftsgefälle zwischen Ost und West abzubauen. Das Europa der konzentrischen Kreise mit der EG als Kern orientiert sich an den gewachsenen politischen Strukturen, wird aber kaum der komplizierten Physiognomie Gesamteuropas gerecht, gerade wenn als Endziel daraus so etwas wie die Vereinigten Staaten von Europa werden soll. Zudem bleibt die Sowjetunion nach all diesen Modellen mit den nordamerikanischen Staaten zwar in den KSZE-Prozeß eingebunden, aber Rußland bliebe außerhalb eines sich politisch zusammenschließenden Europas.

Ein Gesamteuropa ist aber nur *unter Einfluß Rußlands* möglich – nicht nur aus geographischen, sondern aus politischen Gründen. Kann deshalb Gesamteuropa einmal mehr sein als eine Sicherheits- und Wirtschaftsgemeinschaft (aus Freihandelszone und Zollunion)? Sollen Menschen und Strukturen nicht überfordert werden, sind politische Unionen wohl nur als regionale Zusammenschlüsse innerhalb einer gesamteuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft möglich. Der italienische Außenminister *Giovanni De Michelis* wies am Rande der KSZE-Konferenz auf solche Möglichkeiten hin. So wichtig gegenwärtig eine funktions- und leistungsfähige EG ist, die Erfahrungen dieses Jahres sind Anlaß, über sie hinauszudenken. In einer gesamteuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist Platz für regionale Unionen und Konföderationen. Und beides ist möglich: daß sich solche Konföderationen innerhalb einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bilden und daß sich regionale Konföderationen – auch über Überlappungen – einer solchen Wirtschaftsgemeinschaft anschließen.

## Über sich selbst hinaus

Aber damit sind die europäischen Herausforderungen dieses Jahres nicht erschöpft. *Der Wandel in Europa hat ausstrahlt auf andere Kontinente*. Seine Wirkungen wurden als Ringen um innere Liberalisierung und Demokrati-

sierung spürbar in asiatischen und afrikanischen Ländern. Selbst der nun fortschreitende Abbau der Apartheidpolitik in Südafrika wäre ohne den Wandel in Europa kaum so resolut in Gang gekommen.

Das verändert das *Verhältnis Europas zur südlichen Halbkugel*. Die Eindrücke sind vermischt. Einmal signalisiert das Ende des Ostblocks auch das Ende sozialistisch-sowjetischer Expansionen in der Dritten Welt. Zum anderen gibt es eben diese Wirkungen der osteuropäischen Revolutionen auf den Freiheitswillen asiatischer und afrikanischer Völker, auch soweit sie nicht „sozialistisch“ beherrscht sind oder waren. Und es gibt eine größere Aufgeschlossenheit für das westliche Wirtschaftsmodell, was keineswegs mit einer Option für einen kruden Kapitalismus gleichzusetzen ist. Das erleichtert (vgl. unser Interview mit Hans Peter Merz in: HK, November 1990, 519 ff.) die Entwicklungszusammenarbeit in vielerlei Beziehung.

Zugleich aber wächst die Sorge, Europa könne sich angesichts der mit dem Wandel im Osten gewachsenen wirtschaftlichen Herausforderungen im eigenen Hause zu sehr auf sich selbst zurückziehen, in ein *neues Festungsdenken* verfallen. Die Brüsseler GATT-Verhandlungen von Anfang Dezember zeigen, wie schwer auch nur kleine Schritte z. B. aus dem europäischen Agrarprotektionismus sind. Westlicher, europäischer Protektionismus könnte sich noch verschärfen. Wie immer Europa künftig zusammenwächst, ein Sichabschließen gegenüber der südlichen Hemisphäre darf es nicht geben. Europa würde sein Ethos – politisch auch in der Pariser „Charta“ als Wertgemeinschaft vage umschrieben – nach den Raubzügen der Kolonisation ein zweites Mal verraten und damit sich selbst und die großen Zukunftsprobleme, die keine europäischen Probleme sind – die Erhaltung des Friedens nicht nur weltweit, sondern auch regional, die Sicherung der Lebensgrundlagen und das, was die Pariser „Charta“ für die nördliche Halbkugel anstrebt, dieselben Grundrechte für alle – ließen sich dann noch weniger mildern oder gar lösen.

*Helmut Kohl* hat mehrfach öffentlich versichert, das letzte Jahrzehnt dieses Jahrhunderts werde ein europäisches Jahrzehnt sein. Dafür spricht einiges, darunter auch die wachsenden Schwierigkeiten, die Amerika beim Wahrnehmen seiner Weltrolle hat. Und vor allem ist die Hoffnung berechtigt, daß dieses Jahrhundert nach zwei von seiner Mitte ausgegangenen Weltkriegen und den schrecklichsten Barbareien, die Menschen sich ausdenken konnten, trotz neu drohender innerer und äußerer Konflikte friedlich enden kann. Um so mehr würden die europäischen Länder gegen ihr eigenes Interesse handeln, bauten sie das Haus Europa nur, um sich dort im eigenen Wohlstand einzuschließen. Begegnen sie doch heute *überall* den befreienden und den zerstörerischen Wirkungen der eigenen Zivilisation. Insofern ist die solidarische Offenheit für alle die noch viel größere Herausforderung seiner Völker und Staaten und deren Politik als das Ringen um den *rechten* Bau des eigenen Hauses. *David Seeber*